
PRESSEMITTEILUNG



Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen

Bündnis fordert Ost-West-Angleichung für alle Heil- und medizinischen Assistenzberufe

Dresden: Nachdem die Anhebung des ärztlichen Vergütungsrahmens und die finanzielle Aufstockung der Krankenhausversorgung ab dem Jahr 2009 auf den Weg gebracht wurde, sieht das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen einen dringenden Nachholbedarf in der Angleichung der zahnärztlichen Vergütung und der Vergütung medizinischer Assistenzberufe in den neuen Bundesländern.

Bei gleichen Kosten für Miete, Geräte, Material und Personal spüren besonders die Mitarbeiter in den Zahnarztpraxen die fehlenden Finanzmittel. Zahnmedizinische Fachangestellte erhalten in den alten Bundesländern etwa 20% bis 30% mehr Bruttolohn als in Sachsen. Eine ähnliche Situation besteht bei den Physiotherapeuten. „Diese deutlich geringeren Gehälter in den neuen Bundesländern führen häufig zur Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen in die alten Bundesländer“, so Frau Sabine Rothe, Präsidentin des Verbandes der Medizinischen Fachberufe e.V.. Dies könne politisch nicht gewollt sein! Eine Angleichung der Vergütung würde es den Zahnärzten ermöglichen, den Mitarbeitern angemessene Gehälter zu zahlen und die erforderlichen Investitionen zur Sicherung der hohen Standards in den Zahnarztpraxen zu realisieren.

„Bereits seit Jahren gehen die sächsischen Vertragszahnärzte bei Vergütungsangleichungen leer aus. Wir fordern daher endlich eine Zurverfügungstellung der notwendigen Finanzmittel“, so Dr. Thomas Breyer, Vizepräsident der Landes Zahnärztekammer Sachsen.

Die Einführung des Gesundheitsfonds führe zudem zur Angleichung des Beitragssatzes für alle Versicherten. Er sehe damit auch die Notwendigkeit der Angleichung der Vergütung der Leistungserbringer im zahnärztlichen Bereich. Nach Berechnungen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung sind nur rund 140 Mio. € notwendig, um in den neuen Bundesländern das Niveau der alten Bundesländer zu erreichen.

Es sei für die zahnärztliche Kollegenschaft nicht nachvollziehbar, dass zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung Milliardenbeträge bereitgestellt würden, die Zahnärzte aber erneut außen vor blieben, argumentiert Dr. Breyer.

Was ist das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen?

Als Reaktion der verfassten Ärzteschaft auf ein überstürztes Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Gesundheitsreform im Jahre 2000 wurde am 14. Juli 1999 in Dresden ein Sächsisches Aktionsbündnis der Heil- und medizinischen Assistenzberufe gegründet. Seit dem arbeiten kontinuierlich 36 Berufsverbände, Vereine, Körperschaften und Patientenvertreter in diesem Bündnis zusammen.

Ziel des Bündnisses ist es, eine breite Öffentlichkeit von Patienten, Gesundheitsberufen und Politikern landesweit über Regierungspläne zur Gesundheitsreform zu informieren und zu sensibilisieren, wenn es sich um systemverändernde Strukturreformen handelt, die das Versorgungs- und Betreuungsniveau in Deutschland gefährden.

Das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen ist das noch einzige aktive Bündnis in Deutschland. Es will weiterhin konstruktive Dialoge führen, um mit Sachverstand, Konzepten und Alternativen notwendige und sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen voranzubringen.

Kontaktanschrift
Sächsische Landesärztekammer
Schützenhöhe 16
01099 Dresden

Telefon: 0351 – 82 67 160
Fax: 0351 – 82 67 162
Email: presse@slaek.de